

Buchbeitrag von Harald Christ für das Buch „Auf der Höhe der Zeit“, herausgegeben von Mathias Platzeck, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier.

Unternehmer zu sein und sich mit aller Kraft dem wirtschaftlichen Erfolg, also dem Gewinn zu widmen, zugleich aber mit Nachdruck für die Ideale und Ziele der SPD einzutreten – früher galt das als suspekt, und hochgezogene Augenbrauen waren vielfach noch die mildeste Reaktion. Spätestens seit so profilierte Unternehmer und Top-Manager wie Karl Klasen und Alex Möller, Philipp Rosenthal, Edzard Reuter, Herbert Dau und andere sich aktiv zur Sozialdemokratie bekannten, sind diese Zeiten vorbei. Für mich sind diese Männer Vorbilder. Ich bewundere ihre Haltung, ihre Courage, ihre Zähigkeit, ihren Realismus, und auf meinen Standort ist das nicht ohne Einfluss geblieben.

Die Grundüberzeugung, von der diese Sozialdemokraten sich leiten ließen, hat seither nichts von ihrer Berechtigung verloren: Nur wer wirtschaftlich stark ist, kann den Benachteiligten unserer Gesellschaft wirklich helfen. Spätestens nach den katastrophalen ökologischen Zuständen in der früheren DDR hat diese Einsicht eine zusätzliche Dimension erhalten: Auch wirksamer Umweltschutz setzt wirtschaftliche Leistungsfähigkeit voraus.

Drastisch verändert haben sich jedoch innerhalb weniger Jahrzehnte die ökonomischen Rahmenbedingungen. Gewiss, das Wirtschaftsleben kannte auch damals keinen Stillstand. Aber die Globalisierung von heute geht weit über jede ökonomische Dynamik früherer Zeiten hinaus: Die zunehmende, weltweite Durchdringung der Märkte, die Bedeutung der internationalen Finanzsysteme, der wachsende Welthandel, die Aktivitäten multinationaler Unternehmen („global player“), die neuen Telekommunikationstechniken mit ihren jederzeit abrufbaren Informationsmengen – das alles sind beispiellose Herausforderungen auch für die Politik. Sie machen die Standortbestimmung für eine der sozialen Gerechtigkeit verpflichtete Partei wie die SPD schwieriger als für die Generation vor uns.

Es geht in diesem Buch um sozialdemokratische Politik. Die SPD will als „Partei der Lebenschancen für alle“ den Weg für eine Politik ebnen, die „mehr Menschen in die Lage versetzt, ihr eigenes Leben aus eigener Kraft zu leben“ – so die Herausgeber dieses Bandes. Sie fügen hinzu: „Dazu brauchen wir den vorsorgenden Sozialstaat“. Ich will dieser Zielsetzung nicht widersprechen, aber: Ein solcher Staat geht offenkundig über das in den Grundgesetz-Artikeln 20 und 28 enthaltene Sozialstaatsgebot hinaus, das solidarisches Einstehen der Starken für die Schwachen und der Generationen untereinander einfordert. Hier geht es aber um mehr – um einen Staat, der mit einer umfassenden sozialpolitischen Vorsorgefunktion ausgestattet werden soll. Dieses Modell läuft darauf hinaus, dass den Menschen immer mehr Wohlstand und soziale Sicherheit garantiert werden – ein Schritt zum Versorgungsstaat.

Ich frage mich, ob wir Sozialdemokraten hier Illusionen Vorschub leisten, denen wir auf der Handlungsebene der praktischen Politik nicht gerecht werden können. Ist es nicht auch und gerade für die SPD an der Zeit, offen zu sagen, dass der moderne Sozialstaat an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gekommen ist? 30 Millionen Menschen hängen am Tropf staatlicher Transferleistungen. Ich glaube, die SPD muss ihr sozialpolitisches Instrumentarium auch programmatisch in dem Sinne neu sortieren, dass die Kriterien für staatliche Hilfe überdacht werden, damit auch künftig denen wirksam geholfen werden kann, die der solidarischen Hilfe der Gesellschaft unabweisbar bedürfen. Gerhard Schröders Reformpolitik ist auf diesem Weg mutig vorangegangen.

Ich komme aus einem sozialdemokratisch geprägten Familienmilieu mit bescheidenen Lebensverhältnissen. Ich weiß also, worüber ich rede, wenn ich feststelle: Die SPD wird in ihrem Selbstverständnis noch immer geprägt durch eine Underdog-Perspektive, eine Opfer- und Oppositionsmentalität, die sicherlich das Resultat ihrer 150-jährigen Geschichte ist, in der die SPD zusammengerechnet gerade mal drei Jahrzehnte den Regierungschef stellte.

Die SPD muss diese Grundhaltung endlich überwinden. Sie entspricht den sozialen und gesellschaftlichen Realitäten nicht mehr. Vor allem aber behindert sie den Weg der Partei in die Mitte der Gesellschaft, wo die Wahlen gewonnen oder verloren werden. Wer solidarische Hilfe für die Benachteiligten politisch organisieren und durchsetzen will, braucht die Zustimmung dieser gesellschaftlichen Mitte. Die SPD muss deshalb deutlicher und eben auch in ihren programmatischen Aussagen zu erkennen geben, dass sie sich den immer drängenderen Fragen stellt, wer und warum sozialstaatlich alimentiert werden soll. Es geht, anders formuliert, einfach darum, dass die Begriffe Solidarität und Gerechtigkeit nicht nur aus der Sicht derer definiert werden, die die Empfänger staatlicher Transfers sind, sondern auch aus der Perspektive derer, die diese Mittel erwirtschaften. Wenn man die Wähler der Mitte erreichen will, ist das unabdingbar.

Ich möchte nicht missverstanden werden. Die SPD würde unglaublich und ihren Idealen untreu, wenn sie aufhören würde, Reformpartei zu sein. Aber: Die Partei darf die Wählerinnen und Wähler dabei nicht überfordern. Zu viele und zu große, gar noch unübersichtliche und mangelhaft geführte Reform-Baustellen sind ein schwerer, kontraproduktiver Fehler. Kurt Becks Motto „Immer langsam mit de Leut“ meint genau diesen Punkt. Mindestlohn und Pflegeversicherung, Kinderbetreuung, Erbschaftssteuern, Briefmonopol, um nur die jüngsten Streitthemen der Großen Koalition zu nehmen, sind sämtlich Problemfelder, die eines gewiss nicht vertragen: Die Behandlung in der Tageshektik selbst gesetzter Termin- und Sachzwänge. Die jeweilige Materie ist schwierig genug, und nach den fatal irrtümlichen Prognosen tatsächlicher oder selbst ernannter Sachverständiger über die Folgen der Mehrwertsteuererhöhung ist auch bei der Anhörung von Experten Vorsicht geboten. Es darf einfach nicht sein, dass bei mühsam zustande gekommenen Reform-Kompromissen schon nach kurzer Zeit Nachbesserungs- und Justierungsbedarf auftritt, der für Verwirrung sorgt und vermeidbar gewesen wäre, wenn man sich die Zeit genommen hätte, die für praxistaugliche Regelungen bei komplizierten Sachverhalten schlichtweg erforderlich ist.

Nach meiner festen Überzeugung muss die SPD in ihren programmatischen Aussagen konstruktiver und positiver werden. Die Krise der Partei, die sich in den insgesamt miserablen Umfragewerten manifestiert, beruht aus meiner Sicht auch darauf, dass die SPD zu sehr als eine politische Kraft der Bedenkenträgerei wahrgenommen wird. Die Mehrheitsfähigkeit einer Volkspartei leidet, wenn sie sich programmatisch zu sehr auf Warnungen vor drohendem Unheil, auf Kritik an Zuständen, auf Sorgen und Ängste konzentriert.

Ich will das konkretisieren. Franz Münteferings „Heuschrecken“-Kampagne hat eine fatale Schwäche der SPD nicht hervorgerufen, wohl aber verstärkt sichtbar werden lassen: Die Globalisierung wird von der Partei weithin nur negativ bewertet, als latente oder sogar akute Bedrohung sozialer Besitzstände vor allem. Für eine Volkspartei in einem Land, das Exportweltmeister ist, mit einer Exportquote von fast 50 Prozent, ist das eine unmögliche Position. Das Gegenteil ist erforderlich: Wir Sozialdemokraten müssen das Bewusstsein dafür schärfen, dass die ohnehin nicht zu bremsende Globalisierung große Chancen bietet, die Deutschland entschlossen nutzen muss.

Dazu gehört, dass die SPD ihr gestörtes Verhältnis zum technologischen Fortschritt aufarbeiten muss. Auf diesem Feld tritt die zuvor erwähnte Bedenkenträgerei besonders deutlich zu Tage. Die „Technikfolgenabschätzung“ war für die Partei eigentlich immer wichtiger als die Sache, um die es jeweils ging. Auch wird die SPD nicht umhin können, ihren Freiheitsbegriff den stürmischen Veränderungen unserer Zeit anzupassen: Nicht Freiheit von (materieller Not, Ausbeutung etc), sondern Freiheit für (Bildung, Forschung etc) wird die primäre Kategorie sein müssen. Als Partei des Fortschritts, der Freiheit und der Solidarität (in dieser Reihenfolge) wird die SPD nicht hinreichend wahrgenommen. Freiheit und Eigenverantwortung – diese beiden sich wechselseitig bedingenden Werte muss die SPD nicht

nur nach außen deutlicher herausstellen, sondern vor allem nach innen, an der Basis und in ihren Gliederungen.

Die tagespolitische ebenso wie die programmatische Glaubwürdigkeit einer Partei hängt ganz entscheidend davon ab, ob ihre Aussagen dem Prüfstand der Realitäten standhalten. Daraus folgt: Die SPD muss ihre Positionen zu Ende denken. Das ist besonders wichtig für eine Partei, die wie die SPD ihre Forderungen mit einem spezifischen „Gerechtigkeitspathos“ erhebt. Dafür zwei Beispiele: Ich meine, es genügt nicht, lediglich pauschal die CDU-These zurückzuweisen, die Einführung des von der SPD verlangten Mindestlohns werde Hunderttausende von Arbeitsplätzen kosten. Bei einem so sensiblen Thema ist, so meine ich, mehr und vor allem gründliche Recherche gefordert. Oder die Rente mit 67: Es ist doch ein großer Unterschied, ob dieser Reformschritt einen Arbeitnehmer mit einem Büroberuf trifft, oder denjenigen, der sein Geld mit schwerer körperlicher Arbeit verdient. Solche Differenzierungen müssen die Menschen in der Politik und im Programm der SPD wiederfinden, auch um der Linkspartei das Argumentieren zu erschweren.

Die SPD ist es ihrem Selbstverständnis und ihrer langen, stolzen Tradition schuldig, offensiv und beharrlich die soziale Verpflichtung der Unternehmen einzufordern, und an Anlässen dafür, das leugne ich nicht, ist kein Mangel. Aber auch hier verlangt die Glaubwürdigkeit, dass die Partei sich zugleich ohne Wenn und Aber zum Gewinn als dem Primärziel wirtschaftlicher Tätigkeit bekennt. Nur ein finanziell gesundes Unternehmen kann sich sozial verantwortlich verhalten. Und nur eine prosperierende Wirtschaft kann die Mittel zur Verfügung stellen, die für den Kampf gegen die „neue Armut“ und gegen die damit einhergehenden Entsolidarisierungstendenzen in unserer Gesellschaft erforderlich sind. Das Sozialstaatsgebot der Verfassung verpflichtet alle Parteien, daran mitzuwirken. Aber die SPD steht hier, wiederum nach ihrem Selbstverständnis und ihrer Tradition, in einer besonderen Verantwortung und darf dieses Feld nicht der Linkspartei überlassen.

Das Programm einer Partei hat eine doppelte Funktion. Es ist nach innen, für die Mitglieder und Funktionsträger, der Kanon gemeinsamer Überzeugungen, Wert- und Zielvorstellungen, nach außen zugleich ein politisches Angebot. Beide Gesichtspunkte verlangen klare, allgemein verständliche Formulierungen ohne Weitschweifigkeiten. Ein Parteiprogramm ist keine Wiese für intellektuelle Steckenpferde. Die „kleinen Leute“ sind der eigentliche Adressat, nicht die Teilnehmer politologischer Oberseminare.

Zum Schluss eine Anmerkung, die mir besonders am Herzen liegt: Die SPD muss mehr Stolz auf ihre Geschichte und ihre Traditionen zeigen. Nur wer weiß, woher er kommt, weiß auch, wohin er geht. Die Grundwerte und Überzeugungen, für die viele Sozialdemokraten gelitten haben oder gar ihr Leben hingeben mussten, hätten dem deutschen Volk unendliches Leid erspart, wenn sie im 20. Jahrhundert Inhalt und Richtung der offiziellen Politik bestimmt hätten. Diese Einsicht schließt das Bekenntnis zu Irrtümern nicht aus. Aber der Stolz auf die eigene Vergangenheit ist ein unverzichtbares Ferment für das Vertrauen in die Zukunft, das eine wichtige Voraussetzung für stabile Mehrheiten in der Mitte der Gesellschaft ist – und ein wichtiges Argument gegen die Linkspartei. Wir Sozialdemokraten sind die Erben und Hüter dieser stolzen Tradition, nicht die Lafontaines. Deren Tradition ist eine andere – sie sind die Nachfahren jener Abspalter, die der deutschen Arbeiterbewegung immer wieder schwer geschadet haben. Das muss eine der zentralen Botschaften der SPD in der Auseinandersetzung mit der Linkspartei werden.

Autoreninformationen Harald Christ

Harald Christ, geboren 1972 in Worms, arbeitete zunächst als selbständiger Finanzberater später als Vertriebsdirektor bei der BHW Holding AG, 1999 Direktor Deutsche Bank AG Privat- und Geschäftskunden, 2002 Vorsitzender der Geschäftsführung der HCI Holding

GmbH, 2004 Sprecher und Geschäftsführender Gesellschafter der HCI Holding GmbH und ab 2005 Vorsitzender des Vorstandes der HCI Capital AG.